Presseinformation

Kassenärztliche Vereinigung Bayerns

KVB-Vorstand: Kritik des Kartellamts an iMVZ ist berechtigt und muss politische Folgen haben

München, 03. November 2026: Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) sieht sich durch die jüngsten Äußerungen des Präsidenten des Bundeskartellamts, Andreas Mundt, in seiner kritischen Haltung gegenüber investorengetragenen Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) bestätigt. Der Chef des Bundeskartellamts warnte kürzlich vor einer zunehmenden Machtkonzentration im ambulanten Gesundheitswesen und wies darauf hin, dass die meisten Praxisübernahmen durch Investoren vom Umsatz her nicht der kartellrechtlichen Fusionskontrolle unterlägen. Dadurch könnten einzelne Unternehmen nach und nach erhebliche Marktanteile aufbauen.

Der Vorstand der KVB – Dr. Christian Pfeiffer, Dr. Peter Heinz und Dr. Claudia Ritter-Rupp – erklärte dazu: „Die Kritik aus dem Bundeskartellamt zeigt ja eindeutig, dass wir die Steuerung in unserem solidarischen Gesundheitswesen nicht an Kapitalinvestoren und renditeorientierte Unternehmen aus dem In- und Ausland übertragen dürfen. Was das Bundeskartellamt jetzt festgestellt hat, beobachten und kritisieren wir seit Jahren: finanzstarke Unternehmen suchen gezielt nach lukrativen Nischen in der ambulanten Versorgung und reizen diese bis zum Äußersten aus. Was dabei auf der Strecke bleibt, ist eine umfassende haus- und fachärztliche Versorgung insbesondere auch in den ländlichen und weniger dicht besiedelten Regionen Bayerns."

Bereits seit Langem fordert der Vorstand der KVB wirksame gesetzliche Regelungen, um den Einfluss fachfremder Kapitalinvestoren auf die ambulante Gesundheitsversorgung zu begrenzen. Finanzinvestoren konzentrieren sich nachweislich nur auf lukrative Leistungen und auf attraktive Ballungsräume. Eine flächendeckende und den Patientenerfordernissen entsprechende Versorgung ist so nicht zu gewährleisten. Durch eine regionale Konzentration entsteht die Gefahr einer marktbeherrschenden Stellung, die im Falle einer Insolvenz eine nicht zu schließende Versorgungslücke schaffen würde.

Der Vorstand der KVB fordert deshalb die Bundesregierung erneut auf, die im Koalitionsvertrag angekündigte Regulierung von iMVZ umzusetzen. Notwendig sind aus Sicht der KVB mehr Transparenz über Eigentümerstrukturen, wirksame Begrenzungen von regionaler Marktmacht sowie Regelungen, die die ärztliche Unabhängigkeit stärken. Medizinische Entscheidungen müssen allein am Patientenwohl orientiert sein und dürfen nicht von Renditevorgaben internationaler Finanzinvestoren bestimmt werden. Die Warnung des Bundeskartellamts sollte für die Politik ein Weckruf sein, endlich zu handeln.

Pressestelle der KVB
Telefon: 0 89 / 5 70 93 - 2192
Fax: 0 89 / 5 70 93 - 2195
E-Mail: presse@kvb.de
Internet: www.kvb.de

KVB
Elsenheimerstraße 39
80687 München